

Mittwoch (Vormittag), 16. März 2022 / Mercredi matin, 16 mars 2022

2. Priorität – Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion**2^e priorité – Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement**

98 2021.RRGR.193 Motion 124-2021 Imboden (Bern, Grüne)
Mehrweg ist Mehrwert! Für umwelt- und CO₂-freundliche Verpackungslösungen

98 2021.RRGR.193 Motion 124-2021 Imboden (Berne, Les Verts)
La vaisselle réutilisable, c'est mieux ! Pour des emballages écologiques

Le président. Affaire du point numéro 98 de l'ordre du jour, il s'agit d'une motion, le débat est libre. Le gouvernement propose de rejeter les chiffres 1, 4 et 5 et d'accepter les chiffres 2 et 3 sous la forme d'un postulat. Je laisse la parole à Mme la députée Imboden pour défendre son intervention.

Natalie Imboden, Bern (Grüne), Motionärin. Der Ratspräsident hat es gesagt: In dieser vorliegenden Motion geht es um das Thema «Mehrweg statt Einweg». Ich glaube, wir sind uns alle sehr bewusst – und ich denke, diesbezüglich gibt es auch einen breiten Konsens –, dass heute die Verpackung sehr genau angeschaut werden muss, damit sie möglichst wenig Abfall produziert und möglichst viel wiederverwertet werden kann. Wir haben ja auch schon darüber gesprochen: Kreislaufwirtschaft – das sind auch Wertstoffe. Ich glaube, es ist grundsätzlich ein wichtiges Anliegen, das hier zur Diskussion steht. Ganz konkret will diese Motion, dass der Kanton Bern in dieser Hinsicht weitere Schritte unternimmt. Sie wissen alle, dass bereits bei Veranstaltungen, für die es eine Bewilligung des Kantons Bern braucht, gewisse Auflagen gelten. Darüber sind wir froh, und ich denke, das ist ein wichtiger Teil. Aber – und das ist uns auch in den letzten zwei Jahren, in der Corona-Phase, noch mehr bewusst geworden – Take-aways ... Also, es wird Essen ausgeliefert respektive man kann es abholen – in diesem Bereich wird immer noch sehr viel Geschirr verwendet, das eben nicht Geschirr ist, sondern Plastik, das nicht wiederverwertet wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man alle Pizzakartons, die in der Schweiz ausgeliefert werden, zusammenzählt, gibt das 40 Mio. Pizzakartons, die jedes Jahr produziert werden, die man nachher einfach in den Abfall wirft. Das ist nicht nachhaltig. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, Bern hat hier aber auch Innovation geschaffen. Es gibt ein Berner Start-up, das Recircle heisst. Vielleicht kennen einige von Ihnen diese violette Plastikbox, mit der man bei Take-aways, aber auch in Restaurants Essen holen kann. Diese Berner Firma ist inzwischen gesamtschweizerisch etabliert und selbst im Ausland präsent – das ist Innovationsgeist in diesem Bereich. Es ist nicht nur so, dass sie diese Recycle-Box haben, inzwischen gibt es anscheinend auch eine Pizza-Box, die man diesbezüglich auch nutzen kann. Und, das vielleicht noch, ein ganz kurzer Exkurs: Ausserhalb des Kantons Bern hat die Sportarena in Laax bereits einen Winter diese Recycle-Box angewendet. Selbst im Skitourismus ist das heute also möglich.

Die vorliegende Motion will einerseits, dass man, wie gesagt, bei Take-aways solche Lösungen prüft, anschaut, welche Möglichkeiten es gibt. – Es ist wahnsinnig laut. Ich glaube, Sie haben alle gerade andere Themen, die Sie beschäftigen. Aber gut – à la bonne heure.

Die vorliegende Motion will, dass man im öffentlichen Raum weniger Abfall hat, dass eben die Take-aways grundsätzlich Mehrweggeschirr verwenden, und in Punkt 2, dass auch bei grossen öffentlichen Veranstaltungen, also nicht nur bei denjenigen, die eine Einzelbewilligung brauchen, sondern auch denjenigen, die eine permanente Bewilligung haben, grundsätzlich Mehrweggeschirr verwendet wird. Das ist keine «Lex Wankdorf», liebe Kolleginnen und Kollegen – ich sage das deshalb, weil ich diesbezüglich auch schon gefragt worden bin –, aber es ist tatsächlich störend, dass im Wankdorf in der Stadt Bern kein Mehrweggeschirr verwendet wird. Hingegen wird in Thun im Stadi-

on und – wenn ich es richtig gehört habe – auch in Burgdorf im Stadion Mehrweggeschirr verwendet. Deswegen braucht es in dieser Hinsicht vielleicht beim Wankdorf-Stadion noch ein bisschen Nachhilfe, damit sie auch dort den Tausenden von Fussballfans ihr Bier, oder was sie sonst essen wollen, mit Recycling-Geschirr zur Verfügung stellen können.

Ich danke dem Regierungsrat, dass er bereit ist, die Punkte 2 und 3 als Postulat anzunehmen, und dass er ausführt, dass er mit einer breit abgestützten Arbeitsgruppe bereits auch Schritte ergriffen hat. Ich bitte Sie aber, den Punkt 1 auch in Ihre Überlegungen einzubeziehen, denn ich glaube, es ist nicht richtig, wenn man eine Ungleichbehandlung der unterschiedlichen Akteure und Akteurinnen hat. Take-aways sollen ähnliche Regeln haben wie die grossen Veranstaltungen, und deshalb bitten wir Sie, auch den Punkt 1 zu unterstützen. Dass das nicht aus dem Tierreich kommt, kann ich damit argumentativ unterstützen, dass es bereits in anderen Kantonen gemacht wird. Vorbild ist der Kanton Basel-Stadt. Dort gibt es ein Umweltschutzgesetz, in dem das verankert ist, und dort gehört es eigentlich auch hin. Es ist ein Umweltschutzaspekt. Wir wollen weniger Ressourcen verbrauchen.

Und noch zum Punkt 4 der Motion, der besagt, man solle die betroffenen Unternehmungen unterstützen, den der Regierungsrat leider ablehnt ... (*Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.*) Ich komme zum Schluss: In Basel gibt es Unterstützung für die Gastronomiebetriebe genau dafür, um diese Umstellung gut zu machen. Ich komme zum Schluss. Ich bitte Sie, den vorliegenden Vorstoss in der Form einer Motion zu unterstützen. Ich bin gespannt auf die Debatte, und ich glaube: Mehrweg ist Mehrwert.

Le président. La motion est donc maintenue sur les 5 chiffres. Je laisse la parole maintenant aux groupes, le premier inscrit : le PLR, par la voix de M. le député Elsaesser.

Michael Elsaesser, Kirchberg (FDP), Fraktionssprecher. Ich schicke es vorab: Die FDP lehnt diesen Vorstoss sowohl als Motion als auch als Postulat ab. Kurz zu den einzelnen Punkten: Beim Punkt 1 stimmen wir mit dem Regierungsrat überein. Die grundsätzliche Pflicht zur Verwendung von Mehrweggeschirr für alle Betriebe, die im öffentlichen Raum Getränke und Esswaren anbieten, geht uns zu weit. Wir bezweifeln insbesondere die ökologische wie auch die betriebswirtschaftliche Sinnhaftigkeit von Mehrweglösungen, die einen aufwändigen Rücktransport zum Verkaufspunkt beinhalten. Zum Punkt 2: Bezüglich Veranstaltungen besteht aus unserer Sicht aktuell eine gute und bewährte Lösung, die durch die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter noch präzisiert worden ist und sich in der Praxis bewährt hat. Eine Ausdehnung dieser Mehrwegpflicht auf weitere Bereiche und auf weitere Branchen ist aus unserer Sicht nicht notwendig. Der Mehrweggrundsatz ist ja bereits heute in der Gastgewerbeverordnung verankert. Deshalb lehnen wir den Punkt 2 auch als Postulat ab.

Punkt 3 sieht die Definition von Ausnahmen von der Mehrwegpflicht vor. Hier gilt das Gleiche, wie unter Punkt 2 erwähnt. Wir haben eine Gastgewerbeverordnung, die durch die Regierungsstatthalter in der Handhabung präzisiert worden ist. Diese beinhaltet bereits heute vernünftige Ausnahmen. Deshalb erübrigt sich dieser Punkt. Bei den Punkten 4 und 5 teilen wir wiederum die Meinung des Regierungsrates, dass weder zusätzliche Anreizsysteme noch Lenkungsabgaben notwendig bzw. sinnvoll wären. Sie kreieren nur weiteren unnötigen administrativen Aufwand. Deshalb möchten wir Sie bitten, diesen Vorstoss in allen Punkten abzulehnen.

Hans Kipfer, Münsingen (EVP), Fraktionssprecher. Es geht also um Mehrweg- und Einweggeschirr und um Verpackungslösungen. Kurz: Es geht hier auch um unsere Umwelt. Sie wissen: Ich bin ja aus der Gastronomie. 2019 hatten wir in der Gastronomie zum letzten Mal eine Verordnungsanpassung zu diesem Thema. Spezifisch ging es damals vor allem um Anlässe. Dieser Vorstoss hier betrifft aber nicht nur die Gastronomie, sondern auch die Take-aways im öffentlichen Raum. Der Regierungsrat schlägt nun vor, eine breit abgestützte Arbeitsgruppe zu schaffen, die dieses Anliegen prüfen soll. Die EVP begrüsst diesen Vorschlag. Leider nimmt aber der Regierungsrat zu einzelnen Punkten und Fragen schon eine ablehnende Haltung ein und greift so dieser Arbeitsgruppe vor.

Die EVP ist überzeugt, dass das Thema «Einweggeschirr und Verpackungslösungen» weiterverfolgt werden muss. Es gibt Potenzial für Verbesserungen und Entwicklungen. Wenn wir gleich bei den Entwicklungen sind: Ein Beispiel ist das Röhrchen, der Trinkhalm. Noch vor zwei, drei Jahren haben wir alle gesagt: «Ja, das kann man nicht ersetzen, das ist nicht möglich und so.» Heute haben wir Lösungen, die umweltverträglich sind. Wir haben aber auch Verhaltensänderungen. Es ist uns bewusst geworden, dass es vielleicht nicht Sinn macht, überall einfach ein Plastikröhrchen reinzustecken. Solche Prozesse muss man in Gang setzen, solche Prozesse muss man prüfen. Die EVP empfiehlt also, dass diese Arbeitsgruppe ohne Denkschranken darangeht. Deshalb empfiehlt die EVP auch, diesen Vorstoss integral als Postulat anzunehmen, als ganzheitlichen Prüfauftrag, also nicht einzelne Punkte im Vorherein auszuschliessen, sondern jeden einzelnen Punkt als Prüfauftrag zu überweisen. Ablehnen heisst, nichts zu machen – wenn ich hier den Vorredner ansprechen darf. Ablehnen heisst, nichts zu machen. Geben wir also einen gesamtheitlichen Prüfauftrag, damit wir diese Thematik weiterverfolgen können – da ist noch einiges möglich.

Philip Kohli, Bern (Die Mitte), Fraktionssprecher. Ich habe vorher irgendwo das Wort «YB» gehört. Die sollen sich jetzt einmal schnell darauf konzentrieren, diese Meisterschaft zu holen. Liebe Natalie, ich verspreche dir: Wenn wir diesen Pokal in der Hand haben, dann schauen wir, dass es dort Mehrweggeschirr gibt.

Zu Ziff. 1: Schon der von der Motionärin gewählte Ausdruck «im Grundsatz» lässt eigentlich den Schluss zu, dass sie selber auch einsieht, dass es nicht wirklich möglich sein wird, diese Betriebe dazu zu verpflichten, denn kein Betrieb kann den Kundinnen und Kunden vorschreiben, wo sie ihre Nahrung konsumieren sollen. Das Gleiche gilt eben auch bei Heimlieferungen. Diesbezüglich müsste dieses Rückholnetz ausgebaut werden, was vielleicht die Migros Aare kann, aber kleinere Take-away-Betriebe nicht können. Das wiederum würde auch noch zu zusätzlicher Umweltbelastung führen. So sind die Elektrovelos in der Stadt Bern natürlich umweltfreundlich, wenn man ausser Acht lässt, dass grosse Lieferwagen diese den ganzen Tag in der Stadt einsammeln und wieder ausladen, sie zu den Ladeinfrastrukturen fahren und sie nach der Aufladung wieder zu den Parkfeldern fahren. Die Mitte unterstützt die Meinung des Regierungsrates und beantragt Ihnen, diesen ersten Punkt abzulehnen – auch als Postulat.

Zu den Ziff. 2 und 3: Diese schauen wir ein bisschen differenzierter an. Diese beiden Punkte bergen tatsächlich viele offene Fragen: Was heisst «grössere» und was fällt alles unter «öffentliche Veranstaltungen auf privatem Grund»? Um hier wirklich abschätzen zu können, ob und wann es sich veranworten lässt, und wenn ja, welche Gesetzesanpassungen nötig sind ... Auch um diese Frage der Ausnahmen zu klären, beantragt der Regierungsrat, diese beiden Punkte als Postulat anzunehmen, und Die Mitte unterstützt die Meinung des Regierungsrates und beantragt Ihnen, diese zwei Punkte als Postulat anzunehmen. Dies insbesondere, weil z. B. die Schützen- oder die Schwingfeste, aber auch private Veranstaltungen wie Peter Flamingo von Mosaik Events dies heute schon erfolgreich umsetzen.

Zum Punkt Nummer 4: Dieser Punkt geht auch dem Regierungsrat zu weit. Entweder ist etwas eine Pflicht oder eben nicht. Und verpflichten – müssen wir nicht auch noch Anreizsysteme schaffen? Die Mitte unterstützt diesbezüglich die Meinung der Regierung und beantragt Ihnen, diesen Punkt abzulehnen. Auch Punkt 5 schiesst ein bisschen über das Ziel hinaus. Es wird nämlich die Einführung einer ökologischen Lenkungsabgabe verlangt, damit Einweggeschirr im öffentlichen Raum vermindert werden kann. Eine Lenkungsabgabe auf Einweggeschirr macht nämlich nur Sinn, wenn sie auf eidgenössischer Ebene eingeführt wird, denn es verkaufen nicht nur Unternehmen im Kanton Bern solches Geschirr, und es wäre eigentlich ziemlich simpel, das irgendwo anders ohne Lenkungsabgabe einzukaufen. Diese Forderung ist daher unseres Erachtens untauglich, um dieses Einweggeschirr im öffentlichen Raum zu vermeiden. Die Mitte unterstützt hier die Meinung der Regierung und beantragt Ihnen, diesen Punkt abzulehnen.

Als Fazit kann ich Natalie Imboden für diese Motion eigentlich danken. Sie geht wirklich in die richtige Richtung, und zwar Richtung Vermeidung von Plastik im öffentlichen Raum. Diese Grundidee trägt die Mitte-Fraktion auch mit.

Und jetzt bleibt mir noch die grosse Ehre, Anna-Magdalena Linder für ihr letztes Votum in dieser Halle anzusagen. Merci für alles, liebe Anna, the stage is yours.

Anna-Magdalena Linder, Bern (Grüne), Fraktionssprecherin. Merci vielmal, Philip Kohli, das ist mir jetzt noch nie passiert. Danke vielmals. Herr Grossratspräsident, Herr Regierungsrat, geschätzte Anwesende, ich spreche vor allem zum Punkt 1 dieser Motion, der ja, wie Sie wissen, in ein Postulat gewandelt worden ist. Im Jahr 2022 produzieren wir Menschen immer noch zu viel Abfall. Vieles von diesem Abfall kommt eben aus dem Bereich Take-away und Hauslieferdienste – wir haben es gehört. Die grüne Fraktion nimmt die Antwort des Regierungsrates besonders bezüglich Punkt 1 enttäuscht zur Kenntnis. Es ist schade und mutlos, dass der Regierungsrat im Moment keine gesetzliche Grundlage erarbeiten will, damit der Grundsatz «Mehrweg» auch daheim umgesetzt werden kann. Es braucht unbedingt nachhaltige gute Verpackungslösungen. Es wäre nämlich sehr spannend, diesen Punkt 1 zumindest als Postulat zu prüfen. Man müsste schauen, wie und ob man dieses Rücknahmenetz für Mehrweggeschirr organisieren kann. Es ist deshalb ein wichtiger Punkt, weil auch gerade der Hauslieferdienst in Zeiten der Pandemie einen grossen Aufschwung erlebt hat und eben – wir haben es schon gehört – zu viel Abfall produziert. Es ist Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen, damit wir dieser Problematik des Abfallverschleisses entgegenwirken können. Deshalb bitten wir Sie, diesen Punkt 1 als Postulat zu überweisen.

Kornelia Hässig Vinzens, Zollikofen (SP), Fraktionssprecherin. Ich habe die Ehre, hier für Andrea zu sprechen. Zu diesem Vorstoss: Für uns ist die Antwort der Regierung nicht in allen Teilen schlüssig und nachvollziehbar. Wenn die Regierung bereit ist, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, dann ist es für uns kein nachvollziehbares Signal, dass diese Arbeitsgruppe bereits mit einem Denkverbot belegt werden soll. Warum lehnt der Regierungsrat Punkt 1 ab? Warum soll diese Arbeitsgruppe nicht darüber nachdenken? Es wäre mir ein Anliegen, dass der Regierungsrat diesbezüglich noch etwas sagt, vor allem, wenn dann allenfalls der Punkt 1 in ein Postulat gewandelt werden würde. Und ich möchte Ihnen auch ans Herz legen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Nehmen Sie mindestens den Punkt 1 als Postulat an. Man muss doch darüber nachdenken. Der Abfall ist ein riesiges Problem unserer Konsumgesellschaft. Wir müssen dieses Problem aktiv angehen. Dieses Wort, das wir ja auch schon gehört haben, ist in aller Munde: Kreislaufwirtschaft. Und dieses Ziel gilt es anzuvisieren, nicht nur für die Gastronomieszene, eigentlich für die ganze Wirtschaft. Wir dürfen doch jetzt nicht am Anfang schon diesbezügliche Gedanken im Keim ersticken. Deshalb möchte ich Ihnen wirklich ans Herz legen – ich nehme an, das wird ja dann gewandelt –, dass Sie das auch als Postulat annehmen, damit diese Arbeitsgruppe über diesen Punkt nachdenken kann.

Ich möchte gerne noch das Votum von Grossrat Steiner von gestern aufnehmen. Er hat doch gesagt, dass seine Frau lernfähig war und gelernt hat, ihre Waschmaschine am Tag laufen zu lassen. Ich finde es super, dass Frauen von Männern etwas lernen können. Ich bin überzeugt, dass auch Männer lernfähig sind. Ich bin überzeugt, dass die Gastronomiebranche lernfähig ist, und ich bin auch überzeugt, dass wir alle als Gesellschaft lernfähig sind. Viele Gastronomieunternehmen gehen ja schon mit gutem Beispiel voran. Sie sind Pionier. Und sie zeigen uns die Richtung an. Auch Städte sind Pioniere und zeigen uns die Richtung. Z. B. hat Burgdorf ja schon geregelt, dass bei öffentlichen Anlässen in der Regel – mit Ausnahmen – Mehrweggeschirr verwendet werden muss, und das ist überhaupt kein Thema mehr und auch kein Problem. Wir kennen ja ganz viele grosse Anlässe, bei denen das auch schon so ist.

Wer am Morgen durch die Stadt schlendert, bevor die erste Putzequipe da gewesen ist, muss an gewissen Orten über Abfallberge steigen. Diese Entsorgung des Abfalls auf Kosten der Allgemeinheit kann uns doch nicht einfach egal sein, und auch nicht, dass die Gastronomieszene so viele Ressourcen verbraucht. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion ist der Meinung, dass wir dieses Problem jetzt anpacken müssen. Dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird, ist lobenswert, und diese Arbeitsgruppe soll ein klares Ziel verfolgen, nämlich eine Gastronomiebranche mit möglichst wenig Ressourcenverschleiss. Das ist in unserem Interesse, aber auch im Interesse der Gastronomiebranche, denn Ressourcenverschleiss bedeutet auch immer unnötigen Geldverschleiss. Deshalb überweisen wir – die SP-JUSO-PSA-Fraktion – diese Motion in allen Punkten, als Motion oder als Postulat. Es

scheint uns ein recht wichtiges Thema, das wir angehen wollen. Aber ich nehme an, Sie überweisen nur ein Postulat. Unterstützen Sie doch auch in diesem Fall alle Punkte, damit man über alles wirklich nachdenken kann. Es ist ein Gebot der Zeit, dass wir unsere Abfallprobleme lösen.

Michael Ritter, Burgdorf (glp), Fraktionssprecher. Ich fange eigentlich gerade dort an, wo meine Vorrednerin Grossrätin Hässig Vinzens aufgehört hat: bei Burgdorf. In der Tat hat für Grossanlässe diese Lösung mit Mehrweggeschirr funktioniert und bspw. zu einer massiven Reduktion der Abfallmengen geführt. Der grösste Anlass, der in Burgdorf regelmässig stattfindet, ist die Solennität, bei der ich selber im OK bin, und ich kann das bestätigen.

Trotzdem empfehlen wir Ihnen, hier bei diesem Vorstoss von Grossrätin Imboden dem Regierungsrat zu folgen, weil man einfach sehen muss, dass dieser Punkt 1 weit darüber hinausgeht. Denn man vergisst hier, dass an diesem Vorstoss problematisch ist, dass es natürlich einen Schwellenwert gibt, ab wann Mehrweggeschirr eindeutig ökologischer ist. Man darf nicht vergessen, dass neben der Reinigung auch Transporte dahinterstehen, die gegenüber dem Einweggeschirr abgewogen werden müssen. In diesem Sinn ist der Vorstoss in Punkt 1 einfach zu weitgehend und zu absolut, und er verabsolutiert die Ökologie und führt auch dazu, dass man unter Umständen zu Regelungen käme, die problematisch für das Gastgewerbe wären und nicht mehr richtig implementiert werden könnten und nur einen geringen oder sogar überhaupt keinen ökologischen Mehrwert hätten. Aus diesem Grund sind wir nicht bereit, Punkt 1 zuzustimmen.

Bei den Punkten 4 und 5 ist es so, dass eben eine ähnliche Situation vorliegt. Diese Forderungen schiessen über das Ziel hinaus und führen zu sehr umständlichen Regelungen. Man darf nicht vergessen, dass einleitend ja von gesetzlichen Grundlagen gesprochen wird, und wir sehen einen derartigen Umbau der gesetzlichen Grundlagen kritisch und würden uns dem Regierungsrat anschliessen. Selbstverständlich überweisen wir die Punkte 2 und 3 als Postulat. Das ist für uns klar.

Ich möchte abschliessend noch sagen: Man muss hier wirklich ein bisschen an den gesunden Menschenverstand appellieren. Es ist sehr wichtig, dass man im Bereich des Gastgewerbes und bei den Anlässen auch auf die Ökologie schaut, und man kann in der Tat Fortschritte erzielen. Aber wenn es dann so weit geht, dass man darüber zu diskutieren anfängt, ob es eine Mehrweg-Serviette gibt oder nicht, wenn man an einem Crêpe-Stand ein Crêpe mitnimmt, ist man letztlich einfach ein bisschen auf Irrwegen. Ich bin sicher, dass Grossrätin Imboden mit diesem Vorstoss beste Absichten hat – so, wie ich sie politisch kenne. Aber mit dieser Gesetzesrevision, die angestossen werden soll, wird über das Ziel hinausgeschossen. Ich empfehle Ihnen – und die grünliberale Fraktion wird das auch so machen –, hier dem Regierungsrat zu folgen.

Ueli Gfeller, Schangnau (SVP), Fraktionssprecher. Die SVP lehnt diesen Vorstoss als Motion wie als Postulat ab. Seit 2019 ist in der Gastgewerbeverordnung geregelt, wann die Veranstalter auf Mehrweggeschirr zurückgreifen müssen. Das wird auch eingehalten. Das wird kontrolliert und nimmt auch stark zu. Die gewissen Ausnahmen, die jetzt noch bestehen, sollen den Veranstaltern von Anlässen erhalten bleiben. Wir wollen nicht immer mehr in die unternehmerischen Freiheiten eingreifen. Zudem wird auch die Qualität von Einweggeschirr laufend umweltfreundlicher und ökologischer. Aber auch rezyklierbare Einweggebinde mit den entsprechenden Abfallkonzepten – mit Pfand oder Sammelsystem – sind bereits sehr stark verbreitet.

Mehrweggeschirr hat durchaus seine Berechtigung und macht auch Sinn, nämlich dann, wenn die Verhältnismässigkeit stimmt und alle Aspekte einbezogen werden. Man darf aber nicht vergessen, dass aus hygienischen Gründen bei Mehrweggeschirr mehr Reinigungsmittel eingesetzt wird, grosse Wassermengen verbraucht werden und zusätzliche Transportkosten entstehen. Seien wir doch froh, liebe Grossrätinnen und Grossräte, dass auch nach der Pandemie Vereine und Menschen gewillt sind, kulturelle und sportliche Anlässe durchzuführen – Anlässe, die heute schon sehr eng kalkuliert werden, bei denen sehr viel im Frondienst gearbeitet wird. Ich denke hier nicht zuletzt an Jodelklubs, Musikvereine, Sportvereine, aber auch Schwingklubs, die solche Anlässe auf die Beine stellen. Die SVP lehnt diesen Vorstoss ab. Man möchte nicht noch mehr Gesetzesgrundlagen ausarbeiten, wie das der Regierungsrat auch nicht will. Es wird in diesem Bereich schon sehr viel gemacht.

Ernst Tanner, Ranflüh (EDU), Fraktionssprecher. Ich kann es kurz machen, dann haben wir nächste Woche frei. In der EDU-Fraktion wissen wir, dass Mehrweggeschirr nicht immer ökologisch ist. Es gibt viele Vorgaben, die die Veranstalter von Anlässen schon jetzt erfüllen müssen. Wir werden diesem Vorstoss maximal gemäss Antrag des Regierungsrates zustimmen.

Urs Buri, Hasle b. B. (SVP), Einzelsprecher. Es ist ein für mich sehr aktuelles Thema. Wir haben in zwei Monaten bei uns im Dorf das Schwingfest mit 5000 Leuten. Wir haben genau diese Frage die letzten zwei Monate diskutiert. Unser Wirteteam nimmt das sehr ernst. Wir haben jetzt mehrere Offerten eingeholt. Wie machen wir es mit Mehrweggeschirr? Wir haben mit unserem Anbieter jetzt gerade zwischen Mehrweggeschirr und komplett rezyklierbarem Material abgewogen. Und als er uns gesagt hat, dass all dieses Mehrweggeschirr für die Reinigung ins Ausland geht und wieder zurückkommt, haben wir natürlich sofort entschieden, am ganzen Schwingfest nur kompostierbares Material zu benutzen. Wir hatten das Gefühl, das sei der richtige Weg. Ich glaube auch, dass man heute an diesen Festen sehr verantwortungsvoll handelt und das Beste herausholen will, und die Anbieter machen viel. Ich glaube, es geht in die richtige Richtung. Deshalb glaube ich, dass wir das ruhig ablehnen können. Es geht zu weit. Ich glaube, wir brauchen keine Gesetzesvorlagen. Die Anbieter ... – es geht alles eigentlich schon wirklich in die richtige Richtung.

Le président. La motionnaire souhaite prendre la parole. Je lui laisse le micro.

Natalie Imboden, Bern (Grüne), Motionärin. Ich glaube, das Votum von dir, Urs Buri, hat jetzt sehr deutlich gezeigt, dass der Punkt 4 vonnöten ist. Im Punkt 4 steht nämlich: Informationsarbeit. Wenn du sagst, man wasche im Ausland Geschirr, dann muss ich sagen, dass wir ein Problem haben. Ja, tatsächlich, dann haben wir ein Problem. Es gibt aber viele Anbieter, Anbieterinnen, die ich kenne, die nicht im Ausland waschen, und ich weiss nicht, mit wem ihr gesprochen habt. Ich frage dich dann nachher noch. Es kann tatsächlich nicht sein – und das ist ein Problem –, dass man Geschirr aus dem Kanton Bern ins Ausland bringt. Ich weiss nicht, wohin sie gehen – nach Frankreich oder nach Deutschland? Das kann ja wirklich nicht sein. Deswegen: Ich glaube, dein Votum ist ein Votum für die Unterstützung von Punkt 4. Ja, es braucht Informationsarbeit.

Ich danke recht herzlich für die relativ breite Diskussion. Ich glaube, das hat auch das Votum von Herrn Gfeller gezeigt: Es braucht Mehrweg mit Verhältnismässigkeit. Genau das will ja der Vorstoss. Er sagt: abwägen. Es heisst auch nicht «nur Mehrweg», sondern es heisst auch: «oder gleichwertige andere umweltfreundliche Verpackungslösungen». Von daher ist relativ viel Spielraum vorhanden.

Ich kann es vorwegnehmen: Ich werde alle fünf Punkte in ein Postulat wandeln. Ich werde auch darum wandeln ... Hier möchte ich noch einmal das Votum von Kollege Kipfer erwähnen, der ja hier im Grossen Rat der einzige Gastronom ist, oder einer von wenigen, glaube ich. Jedenfalls ist er ein Profi, der eben sehr deutlich gezeigt hat: Es gibt Entwicklungen. Es tut sich etwas. Man hat auch schon eine Veränderung gemacht. Sein Votum war ja: dem Denken nicht vorgreifen. Und das vielleicht an die Adresse der FDP, die jetzt hier ein Denkverbot propagiert: Da staune ich ein bisschen. Eine Partei, die liberal ist – und hier in einem Bereich, in dem ein relativ breiter Konsens besteht: Machen Sie doch kein Denkverbot! Ein Postulat ist ein Postulat. Ein Postulat ist ein Prüfungsauftrag nach bestem Wissen und Gewissen unter Einbezug breiter Akteurinnen und Akteure. Ich habe es gesagt, es steht in der Antwort: Die Regierung ist ja bereit, mit Fachstellen, mit den Regierungstatthalterämtern, Wirtschaftsvereinen – also die sind alle einbezogen. Sie können das hier nachlesen. Ich glaube, das ist ein guter Weg, und deshalb danke ich auch der Regierung, dass sie den Weg beschreiten will.

Vielleicht noch zwei Punkte, lieber Kollege Kohli. Ja, zum Glück, also der YB-Pokal, völlig einverstanden – dieser ist auch rezyklierbar. Den kann man wiederverwenden. Daher treffen wir uns ja hier. Und ich hoffe, dass der Pokal in Bern ist und hier jedenfalls dem Gedanken der Wiederverwertung schon Rechnung getragen wird.

Als letzter Punkt vielleicht noch an die Adresse derjenigen, die beim Punkt 1 noch zögern, oder auch an die glp: Ich glaube, es ist wichtig, dass wir in der Auslegeordnung eben alles anschauen, und ein Postulat heisst ja nicht, es ist genau so zu machen, sondern es ist eben auch im öffentlichen Raum ein Thema. Wir haben es gehört: Verschiedene Gemeinden gehen voran. Aber es geht hier nicht darum, die Ökologie zu verabsolutieren, wie du das gesagt hast, Michael, sondern es geht darum, praktikable Lösungen zu finden, die irgendwie umsetzbar sind, die aber auch der Ökologie Rechnung tragen. Darum bitte ich Sie, alle fünf Punkte als Postulat zu unterstützen im Sinn eines Arbeitsauftrags ohne Denkverbot für diese Arbeitsgruppe. Ich glaube, in der heutigen Zeit sind Denkverbote in der Nachhaltigkeit nicht sinnvoll. Deshalb: Geben Sie dieses Paket dieser Arbeitsgruppe zum Denken, und wir werden ja dann sehen, was sie vorschlägt ... (*Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.*) ... und wir können darüber diskutieren.

Le président. La parole est à M. le conseiller d'Etat.

Christoph Ammann, WEU-Direktor. Ich helfe Ihnen jetzt auch noch, diese Dreiviertelstunde vom nächsten Montag einzusparen. Ich halte mich kurz. Ich verweise auf die Antwort der Regierung, aus der hervorgeht, dass es im Grundsatz unbestritten ist, dass Mehrweggeschirr sinnvoll ist. Aber aus der Antwort geht hervor – so, wie es jetzt an verschiedenen Beispielen, die hier genannt worden sind, aufgezeigt worden ist –, dass sich die differenzierte Lösung, die wir jetzt auf die geltende Rechtsgrundlage, auf die Verordnung abstützen, im Allgemeinen bewährt hat und dass wir als Regierung auch bereit sind, über eine Arbeitsgruppe eine Verbesserung hinzubekommen.

Was die Regierung nicht will, ist eine zwingende Verpflichtung zum Gebrauch von Mehrweggeschirr. Das ist Punkt 1. Und sie will auch kein Anreizsystem einsetzen. Das ist der Punkt 4, glaube ich. Und sie will auch keine Lenkungsabgabe. Die Regierung ist bereit, über alles andere zu sprechen. Deshalb empfiehlt sie Ihnen, die Punkte 2 und 3 als Postulat anzunehmen, sodass wir diese Arbeitsgruppe einsetzen können und damit wir eine Verbesserung hinbekommen, mit der man alle diese Aspekte berücksichtigt, die genannt worden sind: Welche Lösung ist ökologisch die beste? Welche Lösung – ich denke an die Grossveranstaltungen, an die Sportanlässe – ist aus Sicherheitsüberlegungen die beste? Und welche Alternativen gibt es zum Mehrweggeschirr? Diesbezüglich gibt es tatsächlich noch Denkarbeit zu leisten. Es gibt auch technologische Entwicklungen. Ich denke bspw. an die Sportstadien, bei denen man nicht will, dass Mehrweggeschirr als Wurfkörper verwendet wird. Also kann man keine schweren Trinkbecher einsetzen. Diesbezüglich hat man in Thun schon länger – seit Jahren – eine Lösung gefunden, und in Bern hat man diese offenbar noch nicht zur Kenntnis genommen. In dieser Richtung kann man weiterdenken, will man weiterarbeiten. Deshalb empfiehlt Ihnen die Regierung, diese Punkte 2 und 3 anzunehmen und die anderen abzulehnen.

Le président. Nous allons voter sur cette affaire du point numéro 98 de l'ordre du jour ; nous allons voter point par point. La motionnaire a transformé son intervention en postulat : les député-e-s qui acceptent le chiffre 1 sous la forme d'un postulat votent oui, celles et ceux qui ne le souhaitent pas votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.193: Ziff. 1, als Postulat / ch. 1, sous forme de postulat

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	63
Nein / Non	84
Enthalten / Abstentions	1

Le président. Vous avez rejeté le chiffre 1 sous la forme d'un postulat. Le chiffre 2, postulat : les député-e-s qui sont d'accord votent oui, celles et ceux qui ne le sont pas votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.193: Ziff. 2, als Postulat / ch. 2, sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	76
Nein / Non	70
Enthalten / Abstentions	1

Le président. Vous avez accepté le chiffre 2 sous la forme d'un postulat.
Chiffre 3, postulat : les député-e-s qui sont d'accord avec cela votent oui, sinon, vous votez non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.193: Ziff. 3, als Postulat / ch. 3, sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	78
Nein / Non	67
Enthalten / Abstentions	1

Le président. Vous avez accepté le chiffre 3 sous la forme d'un postulat.
Chiffre 4, postulat : les député-e-s qui acceptent cette proposition votent oui, celles et ceux qui la refusent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.193: Ziff. 4, als Postulat / ch. 4, sous forme de postulat

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	59
Nein / Non	87
Enthalten / Abstentions	1

Le président. Vous avez rejeté cette proposition.
Dernier point, chiffre 5, postulat toujours : les député-e-s qui acceptent cette proposition votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.193: Ziff. 5, als Postulat / ch. 5, sous forme de postulat

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	63
Nein / Non	85
Enthalten / Abstentions	1

Le président. Vous avez également rejeté ce chiffre 5 sous la forme d'un postulat.

Je cède la direction des débats à M. le premier vice-président et à M. le deuxième vice-président.

Der Vizepräsident übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président prend la direction des délibérations.